

Infopaket Finanz- und Wirtschaftskrise

Finanzkrise überwinden – nachhaltig Wirtschaft fördern!

Das globale Wirtschaftssystem ist in seine schlimmste Krise seit 1929 geraten. In weiten Teilen versagen die Märkte, der Klimawandel nimmt rasant an Tempo zu, der Hunger breitet sich aus und die Menschen konkurrieren um immer knapper werdende Ressourcen. Krisen, soviel Angst sie den Menschen auch machen, bergen aber immer auch die Chance, einen falschen Weg zu korrigieren. Die Große Koalition im Bund nutzt ihre Chance nicht: Das Konjunkturpaket II – teuerstes Wahlkampfgeschenk aller Zeiten – verfestigt genau die Strukturen, die uns doch gerade in die aktuellen Krisen geführt haben.

Wir Grünen im niedersächsischen Landtag setzen auf eine nachhaltige Wirtschaftsförderung. Das sichert und schafft Arbeitsplätze, das bringt volle Auftragsbücher, lässt Steuern fließen, sorgt für geringe Energiekosten in den finanzschwachen Kommunen und schützt die Umwelt!

Wer die Wirtschaftskrise gegen die Klimakrise ausspielt, der kann nur scheitern. Wir Grüne sind überzeugt, dass beide Krisen ineinander verwoben sind und es uns nur mit ganzheitlichen Lösungen gelingen wird, die drängenden Probleme zu überwinden.

Stefan Wenzel
(Fraktionsvorsitzender)

Enno Hagenah
(wirtschaftspolitischer Sprecher)

Hans-Jürgen Klein
(finanzpolitischer Sprecher)

Inhalt:

- A. Stefan Wenzel zu Finanzkrise und Konjunkturpolitik**
- B. Die schwarz/gelbe Chronik der verpassten Chancen in der Krise**
- C. Argumentationshilfe Finanzmarktpolitik zu rot-grüner Regierungszeit**
- D. Parlamentarische Initiativen zum Thema**

A. Stefan Wenzel zu Finanzkrise und Konjunkturpolitik 1/09



Das Mantra "Privatisierung" und die Formel "Der Markt wird's schon richten" haben Deutschland vor die Wand gefahren. Wie es weitergehen soll, wissen Bundes- und Landesregierung offensichtlich nicht. Zukunftsweisende Entscheidungen für unser Land, für unsere Kinder, den Klimaschutz und für moderne Arbeitsplätze gibt es nicht.

Während in Niedersachsen bislang das Phlegma regierte, sind andere Teile der Politik, auch und insbesondere Akteure der CDU-Politik, ins gegenteilige Extrem verfallen: Schutzschirme wohin man blickt. Sie gründen einen volkseigenen Betrieb "VEB Commerzbank" und Ministerpräsident Rüttgers hätte wohl am liebsten die ganze Deutschland AG verstaatlicht. Auch Ministerpräsident Seehofer wurde mit seinen Forderungen nach Steuergeschenken für Besserverdienende wohl weniger von der Banken- und Wirtschaftskrise getrieben, als vielmehr vom Zustand seiner arg lädierten Regionalpartei.

Über die Ursachen der gegenwärtigen Krise spricht fast niemand mehr. Die überfällige Regulierung der Finanzmärkte ist nur noch eine Randnotiz. Auch die Wirkung der Schutzschirme, Konjunkturpakete und Einzelmaßnahmen wird nicht mehr geprüft.

Das neue Konjunkturpaket ist in allererster Linie als gigantische Wahlkampfnummer der großen Koalition geplant und gepackt worden. Welche Wirkung die einzelnen Maßnahmen erzielen können, ist dabei offenbar zweitrangig. Im Vordergrund stand der Wunsch möglichst vielen, ein Geschenk zu machen - koste es was es wolle. Ob dabei die Ursachen der Krise tatsächlich abgestellt werden, ist schon ganz und gar aus dem Blick geraten.

Ein zweiter Teil des Paketes dient der Reparatur eigener Fehlleistungen der großen Koalition - etwa beim Gesundheitsfonds. Unterlassene Reformen wirken jetzt Kosten treibend. Das wird vor den Wahlen mit Steuergeld und neuen Schulden kaschiert.

Höchst bedenklich ist auch, dass die große Koalition und die Landesregierung die Produktion von Gütern um ihrer selbst Willen subventionieren wollen. Die Produktion eines Autos erfolgt für sie nicht mehr, um Mobilität zu ermöglichen, sondern nur noch um die Produktionsprozesse von Unternehmen am Laufen zu halten, die längst als "too big to fail" gelten. Als so groß, dass jeder fürchtet vom Strudel des Untergangs noch mitgerissen zu werden.

Das Ergebnis ist aberwitzig: Steuerbefreiungen für Spritfresser, Abwrackprämien für Autos und der Bau neuer Straßen, weil nur dafür Planfeststellungsbeschlüsse in den Schubladen liegen. Das erfüllt doch fast schon den Straftatbestand der Nötigung zum Autofahren und zur Umweltzerstörung!

Die Autokonjunktur brach nicht im Herbst 2008 ein, sondern bereits im Jahr 2007. Das schwächste Jahr nach der Wiedervereinigung hieß es. Der Automobilverband sprach von einem "Horrorjahr", weil die Nachfrage um 9 Prozent einbrach, bei den privaten Haushalten sank sie sogar um 25 Prozent.

Wirtschaft und Politik haben die Wirkung der Klimadebatte auf die private Nachfrage und die Wirkung der steigenden Ölpreise verkannt. Jetzt wird auch noch die Wirtschaftskrise gegen die Klimakrise ausgespielt. Statt Ursache und Wirkung zu erkennen und endlich die Abhängigkeit vom Erdöl zu reduzieren, werden hehre Klimaziele auf Eis gelegt und die alten Dinosaurier mit Steuergeld und neuen Schulden künstlich beatmet.

Viel zu viel Steuergeld soll in Norddeutschland für unsinnige Projekte verbrannt werden: Eine Elbvertiefung, die die Deichsicherheit gefährdet und die Investition in Wilhelmshaven konterkariert. Neue Autobahnen, die für die Hinterlandverbindungen der Häfen nichts bringen und noch unberührte Landschaft zerschneiden. Vier Milliarden sollen hier versanden. Beim Um- und Neubau öffentlicher Gebäude kommt die Energieeffizienz zu kurz. Wir könnten längst überall Null-Energie-Häuser bauen.

Wir brauchen niedersächsische Leuchtturmprojekte, die dem Klimaschutz einen kräftigen Impuls versetzen, Energiekosten einsparen, Exportchancen nutzen und so Arbeitsplätze sichern.

Die ganze Welt braucht energieeffiziente Technik: Für Stromproduktion, für Mobilität, für Immobilien, für Produktion und Gewerbe. Der Ölboom ist vorbei. Gas ist endlich. Uran ist endlich und gefährlich. Kohle macht viel Dreck. Wir kennen die Grenzen des Wachstums. Was könnten wir mit den von der Landesregierung vergeudeten vier Milliarden Euro alles machen, wenn wir gezielt in innovative Technik investieren:

- Ein Land der blauen Dächer.
- Ein Land mit Blockheizkraftwerkstrom und Biogasnetz.
- Ein Land mit Verdopplung des Windstroms.

Niedersachsen könnte zum Mekka einer neuen Zeit werden. Unser grünes kommunales Programm für Energieeffizienz und Gebäudesanierung würde drei Milliarden Euro nach Niedersachsen bringen, aber eine deutlich geringere Verschuldung verursachen, weil wir nur zinslose Darlehen vergeben.

Diese Krise ist mehr als ein üblicher Abschwung. Sie stellt auch unseren Lebensstil und unser Konsummodell in Frage. Unsere Kinder werden fragen, wann wir erkannt haben, dass man Geld nicht essen kann. Unsere Kinder werden fragen, was wir getan haben, um das menschliche Maß wieder zu finden und die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Wenn ich in diesen Tagen von Krise als Chance spreche, dann meine ich ausdrücklich diese Chance zur Besinnung, zur Neuorientierung.

Verantwortliche Politik muss den Krisen dieser Zeit entschlossen entgegenzutreten. Mit dem Sammelsurium des Konjunkturpakets II geschieht das nicht.

B. Die schwarz/gelbe Chronik der verpassten Chancen in der Krise



Nach lärmender Ignoranz im Herbst und inhaltlichem Widerstand im Winter will die CDU/FDP Landesregierung in Niedersachsen die Mittel des Konjunkturpaketes II jetzt lediglich dazu nutzen, eine ganze Reihe von eigenen Versäumnissen aus den vergangenen Jahren noch schnell vor der Bundestagswahl mit schuldenfinanzierten Bundesmitteln zu kaschieren (Beispiele: mehr Ganztagschulen, Breitbandversorgung). Statt des dringend benötigten und nachhaltig wirksamen Aufschwungs kommt so aber den unter starken Nachfrageeinbußen leidenden Unternehmen in Deutschlands Norden nur ein laues staatliches Lüftchen zu Hilfe.

Es ist eine Kette der verpassten Chancen, die die Regierung Wulff zu verantworten hat, seitdem im Spätsommer 2008 die Weltwirtschaftskrise absehbar war. Die Lehmann Brothers waren schon bankrott und mit der Hypo Real Estate wurde das Desaster auch für hiesige Banken allzu deutlich, als Regierungschef Wulff und Finanzminister Möllring noch im Dezember 2008 auf der Verabschiedung eines Landeshaushaltes für 2009 bestanden, den sie ein halbes Jahr zuvor unter völlig anderen Vorzeichen entworfen hatten. Unsere Vorschläge zum Haushalt mit einem „**Grünen wirtschaftspolitischen Interventionsplan**“ lehnten die Regierungsfraktionen mit den Argumenten „Miesmacherei“ und „Alarmismus“ ab. Der grüne Antrag (**DS 16/703**) kommt ohne neue Schulden aus und beinhaltet ein Investitions-volumen von über 3 Mrd. Euro für die kommenden drei Jahre in den Bereichen

- energetische Sanierung von Landesgebäuden sowie von kommunalen und Privatbauten,
- Wirtschaftsförderung in den Zukunftsbranchen Klimaschutz und regenerative Energieerzeugung,
- überfällige Verkehrsausbauten, insbesondere beim Schienengüterverkehr sowie der Kapazitätsanpassung und Unfallverhütung im Straßenbestand.

Die Konjunkturpakete der großen Koalition im Bund sind vor allem Dokumente der faulen Kompromisse zwischen CDU/CSU und SPD. Ein wenig Steuersenkung, ergänzt um Kinder- und Abwrackprämien, aber am Ende bleiben nur noch 10 % der Mittel für energetische Sanierung und Effizienzinvestitionen übrig. Wir haben deshalb Anfang 2009 mit einer weiteren grünen parlamentarischen Initiative („**Kommunalen Investitionsstau überwinden und Klima schützen!**“, **DS 16/801**) der Landesregierung eine Vorlage gegeben, um über den Bundesrat noch Einfluss auf die Qualität der Bundeskonjunkturpakete zu nehmen. Hätte die Bundesregierung dies aufgegriffen und die Kommunalfördermittel für energetische Sanierungsmaßnahmen als zinslosen Kredit vergeben, wäre eine Verdreifachung des Mitteleinsatzes möglich gewesen. Eine Finanzierung über Darlehen hätte auch eine hohe Effizienz der Bauinvestitionen gesichert, weil die Kommunen die Rückzahlung aus den eingesparten Betriebskosten der Einrichtungen bezahlen sollten. Mit der jetzigen Regelung werden die Kommunen Zuschüsse erhalten, die sie oft auch in Schubladenprojekte stecken werden und nicht zielgerichtet in Energieeffizienz. Auf der anderen Seite werden die Kommunen aber massive Einnahmeausfälle wegen der Steuersenkungen im Konjunkturpaket II und absehbare Gewerbesteuerausfälle hinnehmen müssen.

Wie weit Konjunkturpakete die Wirtschaftskrise abfedern können, bleibt eine offene Frage. Darüber hinaus werden aber mit der in Niedersachsen geplanten Intervention weder Land noch die Kommunen sich mit nachhaltig wirksamen Investitionen zukunftsfähig und krisenfest aufstellen können.

C. Zum Hintergrund: Finanzmarktpolitische Maßnahmen in der rot-grünen Regierungszeit, die vieles aber leider nicht alles verhindern konnten



Die Finanzmärkte haben erst im letzten Jahrzehnt zunehmend an Bedeutung gewonnen. Eine wesentliche Ursache dafür ist, dass Kapital sehr mobil ist und im Zuge der Globalisierung sehr schnell seinen Standort ändern kann. Deshalb war es gerade in den Anfängen der Finanzmarktpolitik ein wichtiges Anliegen, Deutschland als Finanzplatz attraktiv und wettbewerbsfähig zu machen, dadurch Arbeitsplätze und Wirtschaftsleistung anzusiedeln und zum allgemeinen Wohlstand beizutragen. Ziel war es, die Abhängigkeit von anderen Staaten wie vor allem der USA und Großbritannien, aber auch Luxemburg, Österreich und der Schweiz zu verringern. Diese Staaten setzten nämlich lange Zeit die Bedingungen für die weltweit vernetzten Finanzmärkte und bauten darauf auch ihren Wohlstand mit auf. Deutschland wollte hier nicht hinten anstehen. Gleichzeitig sollte aber auch der Anlegerschutz nicht zu kurz kommen, wobei vor allem Transparenz, Informationspflichten und Durchsetzungsmöglichkeiten der Ansprüche von Anlegerinnen und Anleger im Vordergrund standen.

Zusammenlegung der Banken-, Versicherungs- und Wertpapieraufsicht zur Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin): Wir haben zu unserer Regierungszeit die verschiedenen und voneinander getrennten Aufsichtszweige zusammengeführt. Zuvor war die Aufsicht zerstückelt, obwohl viele Finanzkonzerne bereits Bankdienstleistungen, Versicherungen und Wertpapierhandel unter einem Dach vereinten. Da die Aufsichtszweige aber jeweils nur ihren eigenen Bereich bearbeiteten, konnte keine wirksame Aufsicht geleistet werden. Konkurrenzen und unterschiedliche Organisationsstrukturen machten die Zusammenführung zu einer schlagkräftigen Aufsichtseinheit unabdingbar.

Zulassung und Regulierung von Hedgefonds: Wir haben zu unserer Regierungszeit erstmals ein offizielles Zulassungsverfahren für Hedgefonds in Deutschland eingeführt, um den Finanzplatz Deutschland zu stärken. Davon haben wir uns versprochen, dass die strengeren Aufsichtsregeln hinsichtlich Transparenz, Offenlegung und Rechenschaftspflichten hierzulande dafür sorgen, dass die Hedgefonds nicht nur von unregulierten Offshore-Plätzen dieser Welt aus agieren könnten, sondern dass wir sie dadurch hier in Europa, in Deutschland unter Kontrolle haben. Denn schon weit vor der Einführung einer amtlichen Zulassung in Deutschland waren Hedgefonds natürlich schon längst auch in Deutschland als Marktteilnehmer aktiv, ohne dass sie ihren Sitz in Deutschland hatten und sich der hiesigen Regulierung unterziehen mussten. Wir hatten uns seinerzeit sogar dafür stark gemacht, die Hebelwirkung, also die Kreditaufnahme, mit der Hedgefonds ihre Rendite steigern, zu begrenzen, aber das war gegen die SPD nicht durchsetzbar. Im Übrigen: Die Regeln waren tatsächlich so streng, dass die Hedgefonds es vorgezogen haben, in ihren Offshore-Standorten und auch den USA zu bleiben.

Regulierung von Rating-Agenturen: Wir haben seinerzeit die Bundesregierung mehrmals aufgefordert, sich auf internationaler Ebene für abgestimmte Verhaltensweisen einzusetzen, um Unabhängigkeit und Transparenz der Rating-Agenturen zu verbessern. Und die rot-grüne Bundesregierung hatte seinerzeit auch erreichen können, dass diese Forderungen in der Internationalen Vereinigung der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO-Arbeitsgruppe) durchgesetzt und in den Wohlverhaltenskodex für Rating-Agenturen aufgenommen wurden.

Managerhaftung: Mit dem Kapitalmarktinformationshaftungsgesetz wollten wir eine deutliche Verschärfung der Haftung von Managern für ihr Fehlverhalten erreichen. Allerdings hat hier das seinerzeit SPD-geführte Bundesfinanzministerium den Referentenentwurf im Herbst 2004 auf Druck der Wirtschaft und in Absprache mit dem Kanzleramt noch vor dem Kabinettsentscheid zurückgezogen und das Thema nicht wieder aufgegriffen. Wir dagegen

haben mehrfach - zuletzt mit einem Antrag im Herbst 2006, also unter der Regierung von Union und SPD – versucht, das Thema wieder auf die Tagesordnung zusetzen. Wir begrüßen es natürlich sehr, dass die SPD inzwischen dieses Ziel wieder aufgreifen will, das sie seinerzeit blockierte.

Einführung eines Sicherungsfonds für die Versicherungskunden: Wir haben zu unserer Regierungszeit erstmals einen gesetzlich vorgeschriebenen Sicherungsfonds für die Versicherungskunden eingeführt, der – analog zu den Einlagenentschädigungssystemen der Banken – bei einer Versicherungspleite die Ansprüche der Versicherungskunden auffängt. Das betrifft so zentrale Versicherungen wie private Krankenversicherungen und Rentenversicherungen. Insofern war dies ebenfalls ein wichtiger Schritt, den die rot-grüne Regierung seinerzeit gegangen ist und die vorhergehende Regierung aus Union und FDP lange versäumt hatte.

Einführung der Riester-Rente: Dadurch erhielten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erstmals die staatlich geförderte Möglichkeit, an den Gewinnen teilzuhaben, die in der Finanzwirtschaft erzielt wurden, und dies „mit Netz und doppeltem Boden“. Die Anbieter und Anbieterinnen mussten nämlich von Anfang an in ihren Verträgen die eingezahlten Beträge abzüglich Verwaltungskosten garantieren sowie die Verwaltungskosten jährlich in ihrer Berichterstattung transparent ausweisen. Darüber hinaus haben wir – gegen erheblichen Widerstand der SPD – durchgesetzt, dass die Anbieter ebenfalls berichten müssen, ob und wie sie ökologische, ethische und soziale Kriterien bei der Anlage berücksichtigen. Und schließlich haben wir auch dafür gesorgt, dass die Verwaltungskosten nicht gleich in voller Höhe mit den Anfangsbeiträgen der Kunden verrechnet werden dürfen, sondern dass eine gleichmäßige Verteilung über fünf Jahre zu erfolgen hat. Insofern ist diese Anlageform als staatlich geförderte private Altersvorsorge das erste real existierende Vorbild, wie verbraucherfreundliche Finanzanlage sein muss: Offener Ausweis der Verwaltungskosten, regelmäßige Berichterstattung, Befolgung von Nachhaltigkeitskriterien und weitgehender Schutz der Kundengelder vor drohenden Verlusten.

Verschärfung von Eigenkapitalvorschriften für Banken und Versicherungen: Die Krise der Banken und Versicherungen in Japan in den 80er und 90er Jahren war Auslöser dafür, dass weltweit strengere Eigenkapitalvorschriften für Banken und Versicherungen für notwendig gehalten wurden. Um eine weltweite Einigung zu erzielen und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, musste die rot-grüne Bundesregierung lange und intensiv verhandeln. Wir haben ihr dabei mit Anträgen des Deutschen Bundestages politisch den Rücken gestärkt. Tatsache ist dabei auch, dass Missstände, die zur derzeitigen Finanzmarktkrise geführt haben, hätten früher entdeckt werden können, wenn die strengeren Eigenkapitalvorschriften (Stichwort Basel II) früher und für alle wichtigen Staaten gleichzeitig wirksam geworden wären. Aber die USA hat das Verhandlungsprozedere lange Zeit verzögert, um Vorteile für ihre eigene Finanzbranche zu erreichen, und die nationale Geltung eingeschränkt. Die Eigenkapitalvorschriften für die Versicherungsbranche (Stichwort Solvency II) werden immer noch verhandelt. Hier hat die derzeitige Koalitionsregierung leider wieder einen weniger verbraucherfreundlichen Weg eingeschlagen und will Teile des Kapitals, das eigentlich Eigentum der Versicherungskunden ist, als Eigenkapital der Versicherungsunternehmen, also zugunsten der Branche und zu Lasten der Versicherungsnehmer, anerkennen lassen.

Weitere Initiativen für verbesserten Anlegerschutz: In verschiedenen Gesetzen wurden zahlreiche Einzelvorschriften für verbesserten Anlegerschutz durchgesetzt, dabei unter anderem Folgendes:

- Wir haben die Möglichkeiten der Aktionäre und Aktionärinnen erleichtert, Beschlüsse der Hauptversammlung anzufechten.
- Wir haben das Klagerecht der Aktionäre verbessert durch die Möglichkeit des Zusammenschlusses von Aktionären, um Musterverfahren zu führen.

- Wir haben die Haftung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder gegenüber ihren Unternehmen verschärft.
- Wir haben das Vorstandsgehälteroffenlegungsgesetz eingeführt, weil die Vorstände sich bei dieser Forderung nach Transparenz ihrer Gehälter lange nicht an die Empfehlung des Corporate Governance Kodex gehalten haben.
- Wir haben die Rolle der Abschlussprüfer und –prüferinnen gestärkt und gleichzeitig deren Haftung verschärft.
- Wir haben ein unabhängiges Expertengremium zur Prüfung von Abschlussbilanzen großer kapitalmarktorientierter Unternehmen als Folge aus den Bilanzskandalen in den USA (Enron) und auch hierzulande eingeführt („Bilanzpolizei“).
- Wir haben eine Prospektspflicht für den Grauen Kapitalmarkt eingeführt, wobei die BaFin die Aufgabe hat, die Prospekte nach bestimmten Kriterien und dabei auf Vollständigkeit zu prüfen.

Es sollte deutlich geworden sein, dass wir in unserer 7-jährigen Regierungszeit sehr viel für mehr Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit auf den Finanzmärkten getan haben. Dennoch war es nicht genug. Angesichts der internationalen Verflechtung und der Ablösung unserer Regierung durch die große Koalition ist diese Politikrichtung ausgebremst worden.

D. Parlamentarische Initiativen zum Thema Finanz- und Wirtschaftskrise

Niedersachsens wirtschaftspolitischer Interventionsplan nach der Bankenkrise (Drs. 16/703)

Jetzt nachhaltig investieren: Kommunalen Investitionsstau überwinden und Klima schützen! (Drs. 16/801)

Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes nachbessern - Finanzmärkte ordnen und reformieren - besserer Verbraucherschutz für Kleinanleger (Drs. 16/596)

Frankfurter Erklärung „Klima und Arbeit –Gerechtigkeit und Freiheit“ vom 12.01.2009 (BT), zu finden unter: http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/265/265208.beschluss_frankfurter_erklaerung.pdf

Entwurf **Antrag (Änderungsvorschlag für 16/865 und 16/801)**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 06.02.09

Nachtragshaushalt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung - Niedersachsens Zukunft in schwierigen Zeiten sichern

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

Das Konjunkturpaket II der Bundesregierung hat eine soziale und ökologische Schiefelage. Diese Schiefelage darf in Niedersachsen nicht noch verstärkt werden. Die Identifikation zukunftsgerichteter Investitionen ist bislang auf Bundes- und auf Landesebene nicht konsequent genug verfolgt worden. In der aktuellen Krise muss es mittel- und langfristig darum gehen, durch die Politik Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Wiederholung der Krise verhindern. Kurzfristig muss der Staat seinen Beitrag leisten, um die Auswirkungen der Krise auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Gesellschaft insgesamt abzufedern.

Konjunkturprogramme, die die bisherigen Strukturen betonieren, können zwar kurzfristige Effekte erzielen. Wir stehen aber in der verschärften globalen Wettbewerbslage vor der Aufgabe, das Land sozial und ökologisch zu modernisieren, Kostenbelastungen zu senken und langfristige Chancen zu eröffnen. Die rund 920 Mio. Euro Bundesmittel, die Kofinanzierungsanteile von Land und Kommunen in Höhe von 307 Mio. Euro und die Aufstockungsmittel in Höhe von rd. 163 Mio. Euro müssen unter diesen Gesichtspunkten in Niedersachsen eingesetzt werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf:

Die gesamten Mittel in Höhe von rund 1,4 Mrd. Euro werden verwendet für schnell wirkende Investitionen in nachhaltige Wirtschaftsförderung für Maßnahmen im Bereich Klimaschutz, und dort insbesondere im Bildungsbereich und im Bereich soziale Infrastruktur.

Priorität haben dabei **Zukunftsprojekte**,

- die neue Energietechnologie und Energieeffizienz nach vorn bringen,
- die die Abhängigkeit von fossilen Energien mindern,
- die Energie- und Betriebskosten senken und Investitionen Dritter befördern.

Die Aufteilung der Mittel soll in Abweichung vom vorgelegten Konzept der Landesregierung wie folgt gestaltet werden:

- 800 Mio. Euro als pauschale Zuwendung an die Kommunen,
- 590 Mio. Euro für Landesmaßnahmen, davon
 - 192 Mio. für Investitionen in Hochschulen und
 - 398 Mio. für ein Energiewendeprogramm Niedersachsen (Sofortmaßnahmen)

Begründung

Mit dem Konjunkturpaket II droht eine deutlich erhöhte Staatsverschuldung, die den Staat in einer anhaltenden wirtschaftlichen Krisensituation überfordern könnte. Schon jetzt zeigt sich, dass viel zu zögerliche Schritte bei der Regulierung der Finanzmärkte krisenverschärfend wirken. Völlig unkontrollierte Ratingagenturen setzen einzelne Volkswirtschaften unter Druck. Auch in der Eurozone wird die Zinsspreizung immer breiter. In Großbritannien wird bereits über einen Staatsbankrott spekuliert. In dieser Situation dürfen keine Wunschzettel aus besseren Zeiten abgearbeitet werden. Vielmehr muss sich die ganze Kraft auf Investitionen richten, die Energiekosten senken, die künftige Wettbewerbsfähigkeit verbessern und Zukunftsprodukte stützen.

Eine Volkswirtschaft, die sich von billigen fossilen Kraftstoffen abhängig gemacht hat, ist verwundbar. Deshalb muss die Finanzkrise auch als Chance zum radikalen Umbau der Energieversorgung auf Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen genutzt werden.

Mit dem Kofinanzierungsanteil des Landes stehen in Niedersachsen für 2009 und 2010 insgesamt 1,227 Mrd. Euro zur Verfügung (plus ca. 163 Mio. Euro Aufstockungsprogramm), um in den notwendigen Wandel, in nachhaltige Wirtschaftszweige sowie in zukunftsfähige Forschung zu investieren. In dieser Situation darf es keine Geldgeschenke für Schubladenprojekte geben. Die bisherigen Vorgaben des Bundes mit einer Negativliste und mit den Kriterien „zusätzlich, nachhaltig, neu und schnell umsetzbar“ für Projekte sind zu wenig zielgerichtet. Die Landesregierung will darüber hinaus keine eigenen Kriterien für die Vergabe der Mittel entwickeln. Damit verpasst sie einmal mehr die Chance, für die geplanten Investitionen klare inhaltliche Maßstäbe für eine hohe Energieeffizienz zu setzen, die Möglichkeit zur Mobilisierung von Drittmitteln zu fördern und die Refinanzierung durch eingesparte Verbrauchs- und Unterhaltungskosten sicherzustellen. Daher sollen für den gesamten Programmumfang einschließlich der pauschalen Zuweisungen an die Kommunen die beschriebenen Prioritätskriterien gelten.

Der vorliegende Vorschlag der Landesregierung für die Mittelverteilung soll deshalb (bezogen auf die Bruttobeträge, d.h. einschl. Kofinanzierungsanteile) wie folgt verändert werden:

Die pauschalen Zuweisungen an die Kommunen werden von 600 Mio. auf 800 Mio. Euro erhöht. Dazu werden die nach Förderschwerpunkten zu vergebenden Mittel für die Schulinfrastruktur in Höhe von 200 Mio. Euro dem bisherigen Betrag zugeschlagen. Die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Kommunen erfolgt wie von der Landesregierung vorgeschlagen. Das gilt auch für die nach Steuerkraft differenzierten Kofinanzierungsanteile. Damit verbessern sich die kommunalen Handlungsmöglichkeiten. Gleichzeitig wird die Umsetzung mit klaren Zielvorgaben auf höchste Effizienz getrimmt, insbesondere zur Absenkung zukünftiger Betriebskosten.

Der verbleibende Betrag wird vom Land vergeben, wobei die Förderung kommunaler Projekte nicht ausgeschlossen ist. Im Sinne der Chancengleichheit sollten auch in diesen Fällen die individuellen Kofinanzierungsätze gelten.

Es bleibt bei dem vorgesehenen Budget für Investitionen in Hochschulen in Höhe von 192 Mio. Euro.

Die verbleibenden Beträge (rd. 398 Mio. Euro) aus den Zuweisungen nach Förderschwerpunkten, aus den Landesmaßnahmen und dem Aufstockungsprogramm werden für Sofortmaßnahmen eines Energiewendeprogramms Niedersachsen eingesetzt. Ziel dieses Programms ist es u.a.

- die anstehenden Investitionen großer Erneuerbarer-Energien-Projekte (z.B. Wind-Offshore) zu sichern,
- Maßnahmen zur kurzfristigen Ertüchtigung des Schienennetzes, insbesondere der nichtbundeseigenen Eisenbahnen zu fördern,
- die Umsetzung dezentraler innovativer Technologien (Brennstoffzelle, Mikroturbine) auf Haushalts- bzw. Wohnblock-Ebene zu fördern (1000-Keller-Programm),
- neue Speichertechnologien für Erneuerbare Energien zu entwickeln und insbesondere die Wirkung von Fahrzeugbatterien deutlich zu verbessern,
- die Einführung intelligenter Stromzähler (sog. Smart Meter) zu forcieren,
- Anreize zum Ersatz von älteren Geräten durch neue energieeffiziente Produkte zu geben,
- regionale Pilotprojekte zur Integration verschiedener dezentraler Erzeugungstechnologien (Virtuelle Kraftwerke) zu fördern,
- die Umsetzung von kurzfristigen energieeffizienten Maßnahmen (Dämmung, Heizung, Warmwasser) im häuslichen und industriellen Bereich zu fördern.

Diese Maßnahmen liefern neben einer kurzfristigen Konjunkturstimulation außerdem die Basis für zukunftsorientierte Wertschöpfung und die Möglichkeit, aus der Krise gestärkt hervorzugehen.

Fraktionsvorsitzender